

PRESSE-INFO

Bremen, 7. März 2017

Binnenschifffahrtsweg Mittelweser darf kein Engpass bleiben - 35 Unternehmen und Verbände fordern Mittelweser-Anpassung

In einer gemeinsamen Erklärung haben 25 Unternehmen und 10 Verbände das Bundesverkehrsministerium aufgefordert, die Ausbaumaßnahmen an der Mittelweser gemäß Planfeststellungsbeschluss vollständig und unverzüglich durchzuführen. Die Absicht des Verkehrsministeriums, die noch ausstehenden Rückverlegungen von Ufern im Bereich enger Fahrwasserkurven nicht auszuführen und stattdessen Begegnungsverbote und Einbahnstrecken auf ca. 40 % des Schifffahrtsweges Mittelweser anzuordnen, wird strikt abgelehnt. Nach Auffassung der Unterzeichner der Erklärung führen Begegnungsverbote zu einer Gefährdung der bestehenden Binnenschiffsverkehre. Außerdem verhindern sie den Einsatz von größeren Binnenschiffen, den sogenannten „Großmotorgüterschiffen“ (Länge 110 m), für die die Mittelweser seit vielen Jahren ausgebaut wird. Die Verkehrsabläufe werden durch zusätzliche Begegnungsverbote massiv behindert und führen dazu, dass Transporte nicht mehr planbar und verlässlich stattfinden können. Unter diesen Bedingungen werden nach Einschätzung der maßgeblichen Reedereien und Speditionen aus betrieblichen Gründen weder bei Massengütern noch bei Containertransporten Großmotorgüterschiffe eingesetzt werden können. Das Ausbauziel für die Mittelweser wird nicht erreicht und öffentliche Investitionen von über 250 Mio. Euro bleiben damit weitgehend ohne verkehrlichen Nutzen.

In der gemeinsamen Erklärung fordern die Unternehmen und Verbände die Einhaltung des Verwaltungsabkommens zum Ausbau der Mittelweser auch für die sogenannten „Europa-Schiffe“ mit einer Länge von 85 m. Im Abkommen ist ein uneingeschränkter Begegnungsverkehr von „Europa-Schiffen“ vorgesehen. Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung beabsichtigt hingegen, auch für diese kleineren Binnenschiffe Einbahnstrecken von mindestens 16 km Länge. Damit sind massive Behinderungen für die bestehenden Binnenschiffsverkehre verbunden. Ganz besonders sind die Sand- und Kiestransporte auf der Mittelweser zwischen Bremen und Minden betroffen. Da die Produktions- und Versorgungsabläufe bei der Verladung und beim Transport per Schiff nicht mehr verlässlich planbar sein werden, wird es zumindest für einen Teil der jährlich ca. 2,5 Mio. Tonnen Sand und Kies zu einer Verlagerung auf LKWs kommen. Die von den Unternehmen erwartete Verlagerung von mindestens 10 % wird ca. 20.000 zusätzliche LKW-Fahrten in der Mittelweser-Region mit entsprechend negativen Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt verursachen.

PRESSE-INFO

Die dritte Forderung der Unternehmen betrifft die noch vorhandenen Engpässe in den südlichen Abschnitten der Mittelweser. Eine Probefahrt mit einem Großmotorgüterschiff hat ergeben, dass weitere Baumaßnahmen, die im bisherigen Ausbauprogramm nicht enthalten sind, dringend durchgeführt werden müssen. Ansonsten können verlässliche und betriebswirtschaftlich wettbewerbsfähige Transporte per Binnenschiff nicht durchgeführt werden. Daher die Forderung der Unternehmen und Verbände, diese Probleme schnellstmöglich zu beseitigen.

Die Unternehmen und Verbände weisen in ihrer Erklärung darauf hin, dass eine leistungsfähige Hinterlandanbindung der bremischen und niedersächsischen Seehäfen eine herausragende Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Hafenstandorte an der Unterweser hat. Sollte den Forderungen der Unternehmen und Verbände nicht entsprochen werden, bleibe die Mittelweser ein Engpass, der sich negativ auf die Wirtschaftsregion Weser-Jade und den Verkehrswert des gesamten nordwestdeutschen Wasserstraßennetzes auswirkt.

Anlage:

Gemeinsame Erklärung von 35 Unternehmen und Verbänden zur Anpassung der Mittelweser

3507 Zeichen mit Leerzeichen - Weitere Informationen: Wirtschaftsverband Weser e.V., Ralf Rüdiger Heinrich, Teerhof 34, 28199 Bremen, Tel.0421-598290 oder 0151-23220327, info@wv-weser.de, www.weser.de